

Junge Menschen zusammen fördern: Titelgruppe 68 in den Kinder- und Jugendförderplan überführen

Drucksache 18/21200 · eingebracht 2026-09-08 – Antragsteller: **SPD**

Jugendpolitik

Integration

Demokratiebildung

Teilhabe

ZUSAMMENFASSUNG

Die SPD-Fraktion fordert die strukturelle Verankerung der bisher projektbezogenen Förderung für junge Menschen mit Flucht- und Einwanderungsgeschichte im Kinder- und Jugendförderplan (KJFP) — mit eigenem Förderschwerpunkt, vollständiger Mittelübernahme und Beteiligung von Selbstorganisationen.

KERNFORDERUNGEN

- Überführung der Titelgruppe 68 in den KJFP
- Einführung eines eigenständigen Förderschwerpunkts für Teilhabe und Empowerment
- Vollständige und dynamisierte Mittelübernahme
- Aktive Einbeziehung von Jugendverbänden und Selbstorganisationen
- Vorlage eines Umsetzungskonzepts mit Zeitplan und Finanzierung

BEWERTUNG

9.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Uneingeschränkt unterstützen

Der Antrag stärkt systematisch die Teilhabe junger Menschen mit Flucht- und Einwanderungsgeschichte durch strukturelle Verankerung in der Kinder- und Jugendhilfe — ein klarer Beitrag zu Solidarität (Wert 2), sozialer Gerechtigkeit (Wert 4) und Transparenz & Mitbestimmung (Wert 5). Er verankert Empowerment, Demokratiebildung und partizipative Gestaltung als Normalfall, nicht als Sonderfall. Die Forderung nach Beteiligung von Selbstorganisationen und Fachakteuren entspricht direkt dem GWÖ-Prinzip der ko-kreativen Gemeinwohlgestaltung. Lediglich bei ökologischer Nachhaltigkeit (Wert 3) bleibt der Bezug neutral — kein Mangel, aber auch keine aktive Förderung.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Strukturelle Verankerung statt Projekt-Flickwerk
- Klare Verbindung von Demokratiebildung, Empowerment und Teilhabe
- Aktive Einbeziehung von Selbstorganisationen
- Kompatibilität mit Koalitionsziel 'Zukunftsvertrag' zur Stärkung der Jugendhilfe

Schwächen

- Kein Bezug zu ökologischen Aspekten
- Keine konkrete Verankerung von Sprachförderung
- Keine Finanzierungsabsicherung gegen Haushaltskürzungen

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A • LIEFERANT:-INNEN	•	•	•	•	•
B • FINANZEN	•	•	•	•	•
C • VERWALTUNG	•	•	•	•	++
D • BÜRGER:INNEN	•	++	•	++	++
E • GESELLSCHAFT & NATUR	•	++	•	•	•

++ stark fördernd + fördernd ○ neutral - widersprechend -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D2 Solidarische Teilhabe Bewertung: +5

Überführung TG 68 in KJFP sichert langfristige Förderung für junge Menschen mit Flucht-/Einwanderungsgeschichte

D4 Soziale öffentliche Leistung Bewertung: +5

Chancengleichheit durch kultursensible, dauerhafte Strukturen statt projektbasierter Ausnahmeförderung

D5 Demokratische Partizipation Bewertung: +4

Forderung nach Einbeziehung von Jugendverbänden, Selbstorganisationen und Fachakteuren in die Ausgestaltung

C5 Politische Führung & Mitbestimmung Bewertung: +4

Verpflichtung zur Beteiligung von Betroffenen bei Umsetzungskonzept

SPD

ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM

10/10

Der Antrag realisiert Kernforderungen des SPD-Wahlprogramms 2022: Chancengleichheit, Teilhabe, Demokratiebildung und Integration als Querschnittsaufgabe – nicht als Sonderthema. Die explizite Verknüpfung von Jugendpolitik, Demokratiebildung und Empowerment entspricht exakt den Zielen auf S. 22–25 und S. 55–58.

„Altersgerechte Mitsprache und Teilhabe in allen Belangen und Bildungsinstitutionen stärkt ihren Selbstwert und ihre Resilienz. Gleichzeitig ist Kinder- und Jugendbeteiligung ein Weg, demokratische Teilhabe von Anfang an zu leben.“

SPD NRW Wahlprogramm 2022, S. 25

PARTEIPROGRAMM

9/10

Das Hamburger Programm betont Soziale Teilhabe, solidarische Stadtentwicklung und Bildung als Schlüssel für Chancengleichheit (S. 35, 38, 61, 63). Der Antrag operationalisiert diese Prinzipien konkret im Kontext von Migration und Jugendhilfe. Einzig die fehlende explizite Verbindung zur 'lernenden Gesellschaft' (S. 67) verhindert eine volle 10.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

CDU**WAHLPROGRAMM**

7/10

Der Antrag ist kompatibel mit CDU-Kernpositionen zur Familien- und Jugendförderung (S. 58–60), insbesondere zur Stärkung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und zur Förderung von Inklusion. Auch die Betonung von Vielfalt ('Vielfalt schützen und unterstützen') passt. Allerdings fehlt die CDU-typische Betonung von Sprachförderung als Voraussetzung für Teilhabe (S. 20), was den Score leicht senkt.

„Wir werden den Kinder- und Jugendförderplan (KJFP) des Landes Nordrhein-Westfalen weiter stärken.“

CDU NRW Wahlprogramm 2022, S. 60

„Vielfalt schützen und unterstützen“

CDU NRW Wahlprogramm 2022, S. 58

PARTEIPROGRAMM

7/10

Die CDU-Grundsätze betonen Respekt vor unterschiedlichen Lebensweisen (S. 17, 19) und die Notwendigkeit frühzeitiger Sprachförderung (S. 22). Der Antrag greift das Respekt-Prinzip auf, vernachlässigt aber die sprachliche Dimension als zentrale Integrationsvoraussetzung — daher kein voller Score.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE

WAHLPROGRAMM

10/10

Der Antrag spiegelt wörtlich grüne Kernforderungen wider: Jugendbeteiligung (S. 58), Demokratiebildung (S. 66), Empowerment (S. 55), Vielfalt als Normalität (S. 86–88) und die Anerkennung von Flucht- und Einwanderungsgeschichte als gesellschaftliche Realität. Die Forderung nach eigenständigem Förderschwerpunkt entspricht dem grünen Anspruch auf strukturelle Verankerung statt Projekt-Flickwerk.

„Die Kommunen unterstützen wir dabei, Befragungen von Kindern und Jugendlichen durchzuführen, um ihre Belange vor Ort besser wahrzunehmen.“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW Wahlprogramm 2022, S. 58

„Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt: Das ist unser Versprechen!“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW Wahlprogramm 2022, S. 55

PARTEIPROGRAMM

10/10

Das Grundsatzprogramm 2020 verankert Kinderrechte als zentrales Prinzip (S. 60), fordert diskriminierungsfreie Förderung und verlangt, dass Kinder bei Entscheidungen gehört werden (S. 60). Der Antrag macht dies operativ: durch strukturelle Verankerung, Beteiligung von Selbstorganisationen und Fokus auf Empowerment — vollständige Übereinstimmung.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FDP

WAHLPROGRAMM

4/10

Der Antrag widerspricht zentralen FDP-Positionen: Er setzt auf staatliche Strukturverankerung statt auf Eigenverantwortung und Subsidiarität; er betont kollektive Identität ('Fluchtgeschichte') statt individuelle Freiheit; er ignoriert die FDP-Forderung nach Entlastung und Bürokratieabbau zugunsten einer neuen Förderstruktur. Keine direkte Übereinstimmung mit den Themen Bildung, Digitalisierung oder Wirtschaftspolitik.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

3/10

Das FDP-Grundsatzprogramm (2012) stellt individuelle Freiheit, Eigenverantwortung und Marktwirtschaft in den Mittelpunkt — nicht staatliche Förderstrukturen für spezifische Gruppen. Der Antrag ist konzeptionell fremd zum liberalen Menschenbild. Keine passenden Zitate im Index — Bewertung basiert auf programmatischer Distanz.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM

0/10

Der Antrag steht in fundamentalem Widerspruch zu allen AfD-Kernpositionen: Er fördert aktiv die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Fluchtgeschichte, während die AfD 'Remigration', strikte Begrenzung und Assimilation fordert. Die Betonung von Vielfalt als Normalität widerspricht der AfD-Leitidee der 'deutschen Leitkultur'. Keine Übereinstimmung möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: die vollständige Übernahme aller bisher für die Titelgruppe 68 vorgesehenen Haushaltsmittel in den Kinder- und Jugendförderplan sicherzustellen und diese wie im KJFP vorgesehen zu dynamisieren;

die vollständige Übernahme aller bisher für die Titelgruppe 68 vorgesehenen Haushaltsmittel in den Kinder- und Jugendförderplan sicherzustellen und diese jährlich mindestens um die Inflationsrate plus 1 % zu erhöhen, um echte Planungssicherheit zu gewährleisten;

Begründung: Stärkt den Wert 'Soziale Gerechtigkeit' (D4) durch verbindliche Dynamisierung — geht über bloße Inflationserhöhung hinaus und verhindert Realwertverlust.

Vorschlag 2 von 3

Original: innerhalb des Kinder- und Jugendförderplans einen eigenständigen Förderschwerpunkt „Teilhabe, Demokratiebildung und Empowerment junger Menschen mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte“ einzurichten;

innerhalb des Kinder- und Jugendförderplans einen eigenständigen Förderschwerpunkt „Teilhabe, Demokratiebildung, Empowerment und kultursensible Sprachförderung junger Menschen mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte“ einzurichten;

Begründung: Bezieht die CDU- und SPD-Forderung nach frühzeitiger Sprachförderung (Q20, Q6) ein — stärkt 'Menschenwürde' (D1) und 'Soziale Gerechtigkeit' (D4) durch bessere Zugänglichkeit.

Vorschlag 3 von 3

Original: Jugendverbände, Jugendringe, Selbstorganisation von Migrantinnen und Migranten und Träger sowie weitere Fachakteure aktiv in die Ausgestaltung des neuen Förderschwerpunkts einzubeziehen;

mit bindender Beteiligungsquote: Jugendverbände, Jugendringe, Selbstorganisation von Migrantinnen und Migranten und Träger sowie weitere Fachakteure aktiv in die Ausgestaltung des neuen Förderschwerpunkts einzubeziehen, wobei mindestens 40 % der Mitglieder des Lenkungsgremiums aus Selbstorganisationen und Betroffenenvertretungen bestehen müssen;

Begründung: Verstärkt 'Transparenz & Mitbestimmung' (D5) durch institutionelle Verankerung von Betroffenenpartizipation — entspricht GWÖ-Matrix-Anspruch an ko-kreative Governance.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Überwiesen · MMP18-130

Ja: AfD CDU FDP GRÜNE SPD

Original-Antrag

Drucksache 18/21200

Junge Menschen zusammen fördern: Titelgruppe 68 in den Kinder- und Jugend-

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

08.09.2026

Antrag

der Fraktion der SPD

Junge Menschen zusammen fördern: Titelgruppe 68 in den Kinder- und Jugendförderplan überführen

I. Ausgangslage

Nordrhein-Westfalen ist ein vielfältiges Einwanderungsland. Kinder und Jugendliche wachsen heute mit unterschiedlichen familiären, sozialen und kulturellen Erfahrungen auf. Junge Menschen mit Flucht- und Einwanderungsgeschichte sind selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft und damit auch selbstverständlicher Teil der Kinder- und Jugendpolitik des Landes. Mit dem Kinder- und Jugendförderplan (KJFP) verfügt Nordrhein-Westfalen über das zentrale Instrument zur Förderung von Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, Jugendsozialarbeit, politischer Bildung, Beteiligung und Demokratiebildung. Der KJFP verfolgt ausdrücklich das Ziel, junge Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit wahrzunehmen und ihre Teilhabechancen zu stärken. Hierzu gehört bereits die Förderung junger Menschen mit Zuwanderungserfahrung. Daneben werden über die Titelgruppe 68 im Kapitel 07 040 des Landeshaushalts Maßnahmen gefördert, die insbesondere die gesellschaftliche Teilhabe, Demokratiebildung, Integration, Beteiligung und das Empowerment junger Menschen mit Flucht- und Einwanderungsgeschichte stärken. Die geförderten Angebote umfassen Jugendverbandsarbeit, politische Bildung, Teilbildungsprojekte, Jugendsozialarbeit sowie Maßnahmen zur Öffnung und Weiterentwicklung von Jugendverbänden.

Die Förderung der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung ist nicht nur eine kurzfristige Maßnahme, sondern langfristiger Bestandteil der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Dafür ist es wesentlich, die beiden Stränge zusammenzuführen und so eine langfristige, sichere und dynamisierte Förderung zu erreichen. Die Haushaltsberatungen der vergangenen Jahre haben darüber hinaus gezeigt, dass außerhalb des KJFP verortete Förderprogramme eine geringere Planungssicherheit aufweisen können. Gerade in Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung, zunehmender demokratiefeindlicher Tendenzen und wachsender Integrationsanforderungen benötigen Jugendverbände und Träger verlässliche Rahmenbedingungen, um langfristige Angebote der Demokratiebildung, Partizipation und sozialen Integration aufrecht-erhalten zu können. Für die SPD-Fraktion gilt: Gute Kinder- und Jugendpolitik geht von den Bedürfnissen junger Menschen aus und nicht von Verwaltungs- oder Ressortgrenzen. Chancengleichheit, Teilhabe und gesellschaftlicher Zusammenhalt werden dann gestärkt, wenn alle jungen Menschen gleichermaßen Zugang zu den Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe haben.

Nordrhein-Westfalen braucht eine Kinder- und Jugendpolitik, die Vielfalt nicht als Ausnahme, sondern als Normalität begreift. Junge Menschen mit Flucht- und Einwanderungsgeschichte

gehören in die Mitte unserer Gesellschaft und damit auch in die Mitte unserer Förderstrukturen. Die Überführung der Titelgruppe 68 in den Kinder- und Jugendförderplan ist ein wichtiger Schritt zu mehr Chancengleichheit, mehr Teilhabe und mehr Zusammenhalt in unserem Land. Dafür muss diese Struktur dauerhaft gefördert und dynamisiert werden. Dazu trägt die Überführung in den Kinder- und Jugendförderplan bei. Die Erfahrungen der letzten Jahre dürfen weder verloren gehen, noch dürfen sie einfach in die bisherigen Strukturen des KJFP überführt werden, denn spezifische Angebote, die auch auf die Erfahrungen eingehen und kultursensibel sind, wird es weiter bedürfen.

II. Der Landtag stellt fest:

- Die Zielsetzung des Kinder- und Jugendförderplans ist es, Kinder und Jugendliche in ihrer Unterschiedlichkeit zu fördern und ihre Beteiligung am gesellschaftlichen Leben zu stärken.
- Die Arbeit der Träger, Jugendverbände und Fachstellen, die mit Unterstützung der Titelgruppe 68 seit Jahren wirksame Angebote für junge Menschen mit Flucht- und Einwanderungsgeschichte schaffen, ist wichtig und erfolgreich.
- Die Förderung von jungen Menschen mit Flucht- und Einwanderungsgeschichte ist eine originäre Aufgabe der Kinder- und Jugendpolitik und Demokratiebildung, Empowerment, politische Teilhabe und Jugendverbandsarbeit sind keine Sonderaufgaben der Integrationspolitik, sondern Kernbestandteile einer modernen Kinder- und Jugendförderung und -politik.
- Die langfristige Sicherung dieser Angebote erfordert eine strukturelle Verankerung innerhalb des Kinder- und Jugendförderplans und dabei muss die besondere Expertise und Sichtbarkeit der bisherigen TG-68-Förderung erhalten bleiben.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung zu Folgendem auf:

- die Förderstrukturen an die Realität einer vielfältigen Einwanderungsgesellschaft anzupassen; die bisher in der Titelgruppe 68 finanzierten Förderangebote für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit Flucht- und Einwanderungsgeschichte sollen dazu in den Kinder- und Jugendförderplan des Landes Nordrhein-Westfalen überführt werden;
- die vollständige Übernahme aller bisher für die Titelgruppe 68 vorgesehenen Haushaltsmittel in den Kinder- und Jugendförderplan sicherzustellen und diese wie im KJFP vorgesehen zu dynamisieren;
- innerhalb des Kinder- und Jugendförderplans einen eigenständigen Förderschwerpunkt „Teilhabe, Demokratiebildung und Empowerment junger Menschen mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte“ einzurichten;
- sicherzustellen, dass die bisherigen Förderziele der TG 68 einschließlich der Unterstützung von Jugendverbänden, Selbstorganisationen, Beteiligungsprojekten, Demokratiebildungsangeboten und Empowermentmaßnahmen dauerhaft erhalten bleiben;
- Jugendverbände, Jugendringe, Selbstorganisation von Migrantinnen und Migranten und Träger sowie weitere Fachakteure aktiv in die Ausgestaltung des neuen Förderschwerpunkts einzubeziehen;

- dem Landtag dazu ein Umsetzungskonzept einschließlich Zeitplan, Finanzierungsübersicht und Vorschlägen zur organisatorischen Integration vorzulegen.

Jochen Ott
Ina Blumenthal
Dr. Dennis Maelzer

und Fraktion